

Datum: 19. April 2022

Nr. 16/22

Wirtschaft / Steuern

Mittelstand warnt vor Steuererhöhungen: „Gift in der aktuellen Situation“

Berlin – Corona-Hilfsmaßnahmen, Entlastungspaket und das Sondervermögen für die Bundeswehr: Die Corona-Pandemie und die aktuelle Situation in der Ukraine haben den Staat in den vergangenen zwei Jahren zu massiven Ausgaben veranlasst. Angesichts dieser Entwicklung machen die ersten Forderungen von Steuererhöhungen die Runde. Nicht nur, dass über eine Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages für alle nachgedacht wird – auch von Vermögenssteuerplänen und Reformvorschlägen zur Erbschaftssteuer ist wieder die Rede.

„Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges kosten den Staat ohne Frage viel Geld. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Situation mit Wachstumseinbrüchen sind Diskussionen über Steuer- und Abgabenerhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch absolut kontraproduktiv“, kommentiert Dr. Hans-Jürgen Völz, Chefvolkswirt des Verbandes Der Mittelstand. BVMW, die anlaufende Debatte, die in der baden-württembergischen Landespolitik ihren Anfang nahm.

Völz betont, dass „in der jetzigen, komplizierten Lage schon eine Diskussion über neue Belastungen zu mehr Ungewissheit mit dem Ergebnis eines verschlechterten Investitionsklimas“ führen werde. „Vielmehr gehört eine breite Entlastungsoffensive für Haushalte und Unternehmen auf der Tagesordnung der Bundesregierung ganz nach oben. Beschämend ist, dass die beschlossenen Entlastungen noch nicht mal umgesetzt sind und nun das Pendel schon wieder in die andere Richtung zu schlagen scheint.“

Auch für den Bund der Steuerzahler, Teil der Mittelstandsallianz des BVMW, und seinen Präsidenten Reiner Holznagel ist die Soli-Diskussion „völlig fehl am Platz.“ Die Idee, den alten Solidaritätszuschlag zu reaktivieren oder sogar einen neuen Soli einzuführen, beachte nicht, dass die Steuereinnahmen weiter stabil gestiegen seien, erklärt Holznagel. „Zudem haben viele Ausgabenwünsche nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun. Deshalb müssen endlich alle Ausgaben des Staates auf den Prüfstand!“

Über den BVMW

Der Mittelstand. BVMW e.V. ist mit rund 28.000 ordentlichen Mitgliedern die größte, politisch unabhängige und branchenübergreifende Interessenvereinigung des deutschen Mittelstands. Im Rahmen der Mittelstandsallianz vertritt der Verband zudem mehr als 30 mittelständisch geprägte Verbände mit insgesamt 900.000 Mitgliedern.

Weitere Informationen unter: www.bvmw.de

Der BVMW. Gemeinsam für einen starken Mittelstand.